

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Adresse: Amt Dresden Nr. 31307
Tel. Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwiger Anzeiger

Post-Konto: Stadtkass. Dresden, Postkass. Blasewitz Nr. 608
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresserei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drafke, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 5gepaltene Petit-Zelle mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zelle mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% monatlich. Auf alle Post ohne Zustellgebühr monatlich 2.20. Für Adressen höherer Gewalt, Anzeigen u. Reklamen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insetionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anwendung gebracht. Abkassationsanspruch erlischt: b. verpät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwiger Str. 4
8. Jahrgang

Nr. 6

Donnerstag, den 8. Januar

1925

Entschiedene Verwahrung gegen den Rechtsbruch am Rhein

Die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz überreicht. — Die Notwendigkeit von Verständigungen. Löbe im ersten Wahlgange zum Präsidenten des Reichstages gewählt.

Der wesentliche Inhalt der Antwortnote

In der deutschen, von Stresemann unterzeichneten Antwort auf die Note der alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage heißt es:

Die Note (der Botschafterkonferenz) bestätigt die Befürchtungen, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in der letzten Zeit aus verschiedenen Nachrichten bezugnehmenden Dringenden Vorstellungen entschlossen die alliierten Regierungen sich, die nördliche Rheinlandszone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich dadurch vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrages von Versailles die erste Epoche seiner Durchföhrung abschließen und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten eine Entlastung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Bestimmungen, die Befreiung eines großen Teiles des besetzten deutschen Gebietes, nicht innehalten wollen.

Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebiete durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung nicht über die vertraglich festgesetzte Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch sich ergebenden Lage nicht im Zweifel sein.

Sie haben damit dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, sich endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern heranzusetzen zu können, schwer erschüttert.

Die alliierten Regierungen berufen sich auf die Bestimmungen ihres Vorgehens auf deutsche „Verletzungen“ in der Entwaffnungsfrage. Sie beschränken sich indes einmündig darauf, diese Verletzungen allgemein anzudeuten. Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Trauer der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mittelstaaten der Tatsache, auf die die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.

Eine alsbaldige Mittelung dieser Tatsachen dürfte um so mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhaltes selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängt.

Durch ihr Verhalten nähmen die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte weitere Mittelung auf das äußerste beschleunigt wird. Sie wird alsdann nicht abwarten, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in den Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganen bestehen, das ihrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnisse zu kommen.

Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verabredungen der Räumung der nördlichen Rheinlandszone mit dem Stande der deutschen Abwicklung zu bezeichnen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Es ist richtig, daß der Artikel 420 des Versailler Vertrages die Räumung des besetzten Gebietes an den dort vorgesehene Terminen von der zeitlichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungen das Recht

Die Kabinettsfrage für Preußen entschieden

Die Regierung tritt nicht zurück.

Der entscheidende Zentrumsbeschluss

Nachdem die Landtagsfraktion des Zentrums gestern seine für die Lösung der Regierungskrise in Preußen entscheidende Fraktionsstimmung mittags um 1 Uhr unterbrochen hatte, trat die Fraktion gestern nachmittags erneut zusammen und faßte in der siebentn Abendstunde den folgenden Beschluß zur Lage:

„Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags hält die verfassungsrechtliche Auslegung des Artikels 45 der preußischen Verfassung durch die Deutsche Volkspartei, wonach die Neuwahl des Landtags die Demissionierung des Kabinetts zur Folge haben müsse, für unrichtig. Sie schließt sich der Auffassung, die ihre Kabinettsmitglieder Dr. Am Jahnhoff und Hirtfelder in der Kabinettsstimmung vom 6. Januar vertreten haben, vollinhaltlich an.“

Damit ist also die Situation in Preußen geklärt. Das Zentrum hat es abgelehnt, sich die eigenen Wege durch die Taktik anderer Parteien vorschreiben zu lassen. Den Oppositionsparteien im preußischen Landtage ist es — um auch diese Feststellung zu treffen — nicht möglich, die preußische Regierung in ihrer jetzigen Form zu stützen, weil die Parteien einschließlich der D. V. P. nicht die 225 Stimmen aufbringen, welche zur Annahme eines Misstrauensvotums notwendig sind.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die Geschäfte des preußischen Finanz- und Unterrichtsministers von den Staatssekretären weitergeführt werden sollen.

Ein „Geschäftsministerium“ Marz?

Der Versuch des Reichskanzlers Marz, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zu bilden, in dem Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Lagern vertreten sein sollten, ist nunmehr endgültig als gescheitert anzusehen.

zur Einverständigung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden,

wenn deutsche Vorstellungen vorliegen, deren Bedeutsamkeit der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Besetzung entspricht.

Für die lokale Handhabung internationaler Verträge ist es ein elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offensichtliches Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung der Voraussetzung kann im vorliegenden Falle unter keinen Umständen die Rede sein.

Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entworfen, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt.

Ansehts dieser unabweisbaren Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befreiung zu einer Vereinfachungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angekündigt worden ist.

Die deutsche Regierung legt daher neuen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf ein nicht außer acht gelassen

Mittwochabend hat der Kanzler mit dem Führer der Demokraten, dem Abgeordneten Koch, noch einmal Fühlung genommen, um die Möglichkeiten für ein von links her gehaltenes Geschäftskabinett zu besprechen.

In den Abendstunden bezog sich Reichskanzler Marz zum Reichspräsidenten, um ihm über die durch die völksparteiliche Entscheidung, wonach die Volkspartei ein, wenn auch verschleiertes Kabinett der Mitte, nicht unterstügen werde, geschaffene Lage Bericht zu erstatten.

Am Laufe des nächsten Tages wurde im Reichstag folgende Möglichkeit zur Lösung der Krise erörtert: Ein Kabinett mit Marz an der Spitze, das sich parlamentarisch nur auf Zentrum und Demokraten stützen werde und in dem die durch das Ausschleiden der völksparteilichen Minister, also auch Dr. Stresemanns, freierwerbenden Ministerien, wie auch die bisher nicht besetzten Ministerien durch die unabhängigen Staatssekretäre besetzt werden sollen. Mehrere Berliner Parteiführer wollen wissen, daß das Innenministerium in einem oben angedeuteten Kabinett durch den Führer der Demokraten, Koch, besetzt werden soll.

Das vom Kanzler Marz in Aussicht genommene Geschäftskabinett würde darauf hinauslaufen, daß die völksparteilichen Minister Jorres und Stresemann aus der Regierung ausscheiden und vier Staatssekretäre in das Kabinett eintreten, nämlich v. Schubert für das Auswärtige, Trendelenburg für die Wirtschaft, Prohne für den Verkehr und Joel für die Justiz.

Sollte ein solches Kabinett gebildet werden, so würde zunächst

die Vertrauensfrage

zu erörtern sein. Von den Deutschnationalen ist dann wohl sicher auf ein Misstrauensvotum zu rechnen. — Die Deutsche Volkspartei würde, wenn es sich nur um eine Ergänzung durch Staatssekretäre handelt, wahrscheinlich eine abwartende Haltung einnehmen und sich bei einem Vertrauensvotum neutral erklären. Sollte dagegen durch Dinaussetzung einer ansehnlichen links gerichteten politischen Persönlichkeit dem Kabinett eine derartige Tendenz gegeben werden, so ist damit zu rechnen, daß auch die Volkspartei sich einem deutschnationalen Misstrauensvotum anschließen würde.

werden. Bei einem Vertrage, der, wie der Versailler Vertrag, nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, und der dem einen Teile auf allen Gebieten Ungeheures auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belasteten Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Vereinstimmung solcher Standpunkte ist nur

auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuföhren. Deutschland hat durch die gewaltigen Verluste, die es auf Grund des Versailler Vertrages, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen bewirkt, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwidlung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz haben gezeigt, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. Nur wenn sich die alliierten Regierungen bei weiteren Verhandlungen in der Räumungsfrage als auch in der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortföhrung jener Politik leiten lassen, ist es möglich, zur unbedingten gebotenen schnellen Regelung der durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konflikte zu gelangen.

Klare Stellung zur Eisenwirtschaft

Ansehts der Regierungsneubildung und im Hinblick auf die Neubefestigung des Postens des Reichswirtschaftsministers dürfte es von hervorragendem Interesse sein, diejenige Frage in den Vordergrund zu rücken, die zurzeit für die deutsche Wirtschaft von außerordentlicher Wichtigkeit ist: die Frage des Eisenzolles und der Eisenwirtschaft, die aus Anlaß der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich von aktueller Bedeutung ist.

Die in den bisherigen Verhandlungen zu Rate gezogenen Sachverständigen der Schwerindustrie suchen ihren ganzen — bekanntlich nicht geringen — Einfluß in der Richtung in die Waagschale zu werfen, daß eine Erhöhung der Vorkriegszölle um 50 Prozent für die Einfuhr der lothringischen und französischen Hüttenerezeugnisse erfolgt. Gleichzeitig sind sie bestrebt, Hand in Hand mit dieser auffallend starken Zollserhöhung ein Abkommen zu erreichen, das der deutschen Schwerindustrie den Alleintrieb des lothringischen und französischen Eisens in Deutschland sichert. Um die weiterverarbeitende Industrie für ihre Wachstendenzen zu gewinnen, sucht die Schwerindustrie ihre monopolistischen Pläne dadurch schmählicher zu machen, daß sie den Abnehmern, soweit sie für den Export tätig sind, Ausfuhrprämien verleiht. Indes liegen hierüber nähere Vorschläge nicht vor; es dürfte auch kaum möglich sein, ein System zu finden, das bei der außerordentlichen Verzweigung der deutschen eisenerarbeitenden Industrie bis in ihre letzten Glieder hinein wirksam sein könnte. Denn wie sollte es möglich sein, zu kontrollieren, ob z. B. Nieten, Draht, Achsen, Federn oder Bolzen schließlich in einem Fabrikate Verwendung finden, das im Inlande bleibt oder exportiert wird. Wie sollte es möglich sein, eine Kontrolle auszuüben, die bis weit in die Kreise des Handwerks und aller derjenigen Branchen, die irgendeinen Eisenbestandteil für ihre Fabrikate brauchen (und dazu gehören wohl alle Branchen — schließlich sogar jeder Haushalt), reichen müßte?

Die Bestrebungen der deutschen Schwerindustrie würden, wenn sie tatsächlich Verwirklichung fänden, die Vorherrschaft der wenigen großen Konzerne der Schwerindustrie über einen sehr erheblichen Teil der deutschen Volkswirtschaft festlegen. Die freie Wirtschaft würde ein für allemal beseitigt sein, die Privilegierung des gewaltigsten Kartells wäre gesichert. Der Zollsatz, der von der Schwerindustrie erstrebt wird, würde einem keinen Anteil gewaltigen Mehrertrages auf Kosten der deutschen weiterverarbeitenden Industrie, des Handwerks und der deutschen Verbraucherhand bringen und einer scharfen indirekten Besteuerung zugunsten einiger weniger Bevorzugten gleichkommen.

Allen auf den Preisabbau gerichteten Bestrebungen würde hiermit die Spitze abgebrochen. Da, wie bereits oben gezeigt, das in Aussicht gestellte System der Ausfuhrvergütungen undurchführbar erscheint — es sei denn, daß eine viele tausend Mann starke „Eisenkartellpolizei“ eingeföhrt würde —, müßte die Wirkung der Politik der Schwerindustrie auf die Konkurrenzfähigkeit der weiterverarbeitenden Gewerbe geradezu verheerend sein. Schon heute haben die eisenerarbeitenden Industrien Deutschlands, sowie alle diejenigen Gewerbe,